

Unerhört! Zuhören, statt verurteilen

Jahresempfang der Norddeutsche Gesellschaft für
Diakonie in Kiel

25. März 2019

Es gilt das gesprochene Wort.

Präsident

Ulrich Lilie
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
Telefon: +49 30 65211-1763
Telefax: +49 30 65211-3763
praesidialbereich@diakonie.de

Unerhört! Zuhören, statt verurteilen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Keine Alternative zum Zuhören

um es vorweg zu nehmen: Zum Zuhören gibt es in unserer immer heterogener werdenden Gesellschaft keine Alternative. In einem Land wie unserem, einer Stadt wie Kiel, die unumkehrbar multikulturell und auf vielfältige Weise sowohl säkular als auch religiös sind, muss das Zuhören zum kleinen zivilgesellschaftlichen Einmaleins des Zusammenlebens gehören.

Denn nicht nur durch Migration, sondern auch beispielsweise durch die Bildungsexpansion seit den Siebzigerjahren sind die Vorstellungen vom Guten Leben in unserem Land immer unterschiedlicher geworden. Und die Fähigkeit, mit diesen Unterschiedlichkeiten angemessen umzugehen, gehört zukünftig zu den wichtigsten zivilgesellschaftlichen Ressourcen unserer Gesellschaft. Das respektvolle Zuhören und Anhören des Anderen mit der anderen Geschichte ist eine Kernkompetenz im demokratischen Zusammenleben.

Denn wie sollte sich unser vielfältiges Heimatland im Herzen Europas, den Herausforderungen der Zeit sonst stellen können? Was, wenn wir einander in all unserer Unterschiedlichkeit und Fremdheit nicht in einer Haltung des Respekts, der zuhörenden Aufmerksamkeit begegnen würden? Was wäre die Alternative, wenn es uns nicht immer wieder - und das ist selbstverständlich mit Mühe und Anstrengung verbunden - gelänge als Unterschiedliche gemeinsame Ziele zu finden und kooperierend miteinander Wege durch diese unruhigen Zeiten zu finden?

Sie sind unruhig, die Zeiten. Es gibt prominente Soziologen, die von einem Epochenbruch sprechen.

Vier Begriffe sollen genügen, um die Herausforderungen zu charakterisieren, die keinen Wohlfahrtsverband, aber auch keine Kommune kalt lassen können:

1. Deutschland wird nicht nur kulturell, ethnisch und religiös heterogener,

Deutschland wird 2. auch älter – schon heute ist die Pflege, das würdevolle Leben im Alter, eine Riesenbaustelle. Auch das Sterben in Würde übriggens.

3. Deutschland wird außerdem sozial ungleicher: Boom-Towns und abgehängte Regionen liegen oft in direkter Nachbarschaft. Es ist nicht egal, wo ein Mensch arm ist.

Und – last but not least:

4. Deutschland wird digitaler – und auch das ist nicht nur ein technisches, sondern auch ein soziales Thema von gigantischem Ausmaß. Was bedeutet Arbeit in Zukunft? Wie finanzieren wir den Sozialstaat? Wie sorgen wir jetzt dafür, dass Menschen, die heute schon zu den Bildungsverlierern gehören, morgen nicht vollkommen den Anschluss verlieren? Wie organisiert sich lebenslanges Lernen in einer sich rasant ändernden Welt?

Das sind nur vier Aspekte, die hier reichen sollen, um anschaulich zu machen, was mit unruhigen Zeiten gemeint ist. Und dann sind da natürlich die globalen Veränderungen, auch der Klimawandel. Was beschäftigt Sie in Schleswig-Holstein mit der Aussicht auf steigende Meeresspiegel?

Vor diesem Hintergrund erinnert die „Unerhört!-Kampagne“ der Diakonie an die Kernkompetenz des respektvollen Zuhörens. Sie persifliert die grassierende Empörungskultur, sie tritt klar für eine offene Gesellschaft der Verschiedenen ein und bringt sich als Brückenbauerin, als Moderatorin ins Gespräch. Dann das sind wir an vielen Stellen im wunderschönen Schleswig - Holstein in der Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigungen, mit unseren Alten und unseren Jungen, mit Menschen mit Migrationsgeschichten in postmigrantischer Gesellschaft.

Wir wollen Sie alle mit dabei haben.

((Powerpoint-PRÄSENTATION der Kampagne))

Nun kann man die berechtigte Frage stellen: Warum tut die Diakonie das? Und lässt sich die ehrenwerte Forderung nach besserem Zuhören tatsächlich in eine bessere Politik übersetzen?

Mit Zuhören Politik machen

In der diakonischen Arbeit steht das Zuhören am Beginn jeder konstruktiven (Zusammen-) Arbeit. Es gibt keine fachgerechte Behandlung und keine klientengerechte Beratung ohne qualifiziertes Zuhören. Diese grundlegende Einsicht spielte eine entscheidende Rolle, als wir über diese Kampagne nachgedacht haben.

Diese Kunst des Zuhörens ist in der unerhörten Gesellschaft auf den Hund gekommen. Es gibt in unserem schönen Land, auch in Schleswig-Holstein, viel zu viele kommunikativ-selbstreferentielle Parallelgesellschaften, die vielleicht noch voneinander wissen, aber einander feindselig und gleichgültig oder im besten Fall sprachlos gegenüberstehen.

Die Bereitschaft, Andersdenkende, anders Empfindende wirklich anzuhören, die Erfahrungen hinter ihren Ansichten zu erfragen und bei aller Unterschiedlichkeit nach Gemeinsamkeiten zu suchen, von denen ausgehend Kompromisse verhandelt werden können, ist nur gering ausgeprägt.

Nicht zuzuhören, es besser zu wissen, in seiner eigenen Denkwelt, Fachebene, Perspektive zu bleiben und alle anderen vorsichtshalber befremdlich zu finden - mit dieser Haltung hat jeder zu kämpfen. Jeder Mensch – und nochmal mehr jede Gemeinschaft, Gruppe, Organisation. Auch wir in der Diakonie.

Es ist das Diktat der Binnenlogik, das taub macht für neue Gedanken, das lähmt, ungewohnte Wege zu betreten.

Sehr geehrte Damen und Herren, das können und das sollten wir uns nicht länger leisten.

Die Herausforderungen unserer Zeit – Sie erinnern sich: Soziale Ungleichheit, Digitalisierung, Alterung und wachsende Heterogenität der Gesellschaft – sind zu komplex, um sie in Binnenlogiken und vorgefassten Konzepten oder gar in einem autistischen Modus erfolgreich und teilhabeorientiert gestalten zu können.

Wer die anderen nicht mitnimmt, darf sich wundern, wenn ihm keiner folgt. Auch nicht an die Wahlurne.

Wir alle müssen also rausfinden aus den allzu gewohnten Bahnen bei der Vorbereitung und Umsetzung von Entscheidungen, von denen viel für Viele abhängt.

Wir müssen lernen, zunächst fremd erscheinende Denkweisen zu verstehen, trotzdem gemeinsame Ziele zu identifizieren und den Mut finden, ungewohnte Kooperationen einzugehen. Partner zu finden, wo wir sie nie gesucht hätten, in Kirche und Moschee, in Wohlfahrtsverband, Handwerkskammer, Kommunalverwaltung und NGO, vielleicht auch bei der politischen Gegnerin. Denn es geht darum, die Welt, in der wir leben, als menschenfreundliche, lebenswerte Gesellschaft für uns und unsere Enkel zu erhalten und zu verbessern.

Vom Geist der Kooperation

Nur gemeinsam werden wir das schaffen: Das neue Paradigma des Zuhörens heißt Kooperation.

Wenn beispielsweise die Wohnungswirtschaft beginnt sich mit der Logik von Wohlfahrtsverbänden zu beschäftigen, wenn Quartiersplanung das Knowhow von Menschen mit Behinderung nutzt oder wenn muslimische Mütter im Kindergarten die Weihnachtsfeier mit vorbereiten, wenn Studenten mit ihren Konzepten von Mobilität im ländlichen Raum im Rathaus landen können – alles tatsächliche Erfahrungen, nachzulesen in meinem Buch –, dann zeigt das etwas von diesem Geist der Kooperation, den unser Land so dringend braucht.

Unsere Kampagne will also zum Zuhören und zum Kooperieren ermuntern. Aber nicht nur das: Wir wollen mit dem Rückenwind der Kampagne auch dazu beitragen, dass den Unerhörten in unserem lauten Land besser zugehört wird, dass sie Stimme und Gesicht bekommen und damit sichtbar werden, dass ihre Probleme in den öffentlichen Debatten vor Ort überhaupt auftauchen. Wir haben beim Thema Inklusion trotz vieler großer Reden noch keine großen Fortschritte gemacht, wie uns in diesen Tagen eine breit angelegte Studie gezeigt hat.

Den Unerhörten zuhören

Und die unerhörten Menschen sind die Heimatlosen im Land – ganz egal, ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Und es gibt zu viele von ihnen.

Unerhört sind eben nicht nur Wohnungslose oder Flüchtlinge, sondern auch viele Alte, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Suchtkranke, Menschen mit Behinderung und andere, die sich und ihre Lebensgeschichte entwertet sehen. Manche dieser Unerhörten laufen bei PEGIDA mit, manche wählen die AfD, noch mehr wählen gar nicht mehr.

Und eine ganz andere Spezies von Unerhörten zieht sich in ihre Villa, ihren Urlaub, in die Arbeit oder hinter den Computer, in den Kleingarten oder auf den Golfplatz zurück und nimmt keinen Anteil mehr an dem, was sie umgibt. Dabei werden auch sie gebraucht.

Für alle gilt: Wenn Menschen sich zu lange unerhört fühlen, birgt das Zündstoff für die Gesellschaft, in der sie leben. Für die Akzeptanz von allgemeinverbindlichen Regeln genauso wie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn die Unerhörten sich dann laut, aggressiv, auch radikal zu Wort melden, ist das verstörend. Aber vielleicht auch verständlich?

Hier setzt das Format der „UNERHÖRT!-Foren“ an. Die Diakonie lädt wie gezeigt nicht nur auf Plakatwänden und im Internet zum Zuhören ein, sondern wir realisieren Begegnungen. Das ist schließlich ohnehin unser Alltagsgeschäft – in jeder Beratungsstelle, in jeder Einrichtung, in der wir es mit Menschen zu tun haben.

Im Kontext der Kampagne sind es die die UNERHÖRT!-Foren, die im Kleinen erfahrbar machen, wie Diakonie als Moderatorin und Mediatorin agieren kann, weil sie die Menschen und ihre Sozial-Räume im Land kennt.

Auch Sie könnten übrigens solche Foren organisieren. Und wir ermuntern dazu, in ihnen konstruktiv und leidenschaftlich darüber zu streiten, wie eine offene und vielfältige, sozial gerechte und sichere Gesellschaft für Alle an dem jeweiligen konkreten Ort Lebenden gelingen kann.

Im Großen gedacht: Die Diakonie ist eine Organisation, die deutschlandweit über die unterschiedlichsten Strukturen verfügt. Auch die Norddeutsche Gesellschaft für Diakonie gehört in dieses Netzwerk. Und im Verbund mit anderen Partnern können wir aus meiner Sicht noch mehr Potenzial für die Kommunen entfalten. Kooperation heißt das Zauberwort.

Unsere potenziellen Partner finden sich in Stadtteilzentren, Rathäusern und Verwaltungen, in Parlamenten und Ämtern, Bürgerinitiativen, Kirchengemeinden oder anderen Einrichtungen und Vereinen. Gemeinsam können wir Formate finden, in denen Menschen zu Wort und ins Gespräch kommen können, die sonst nicht oder nur wenig miteinander reden.

Es geht darum, gemeinsam daran zu arbeiten, dass allen Menschen in einem Dorf, einer Stadt, einem Landkreis soziale Teilhabe möglich ist. Das ist der „diakonische Blick“, von dem möglichst viele profitieren sollen. Und den wir selbstverständlich nicht für uns behalten wollen.

Beispiele des Gelingens

Für das Gelingen solcher Bemühungen gibt es ermutigende Beispiele: Der Aufbruch eines ganzen Stadtteils kann damit beginnen, sich über alle Unterschiede hinweg zusammen mit den Bedürfnissen von Demenzerkrankten zu beschäftigen und eine Wohnanlage für alte Menschen zu planen.

Wie es etwa rund um den Gustav-Schatz-Hof hier bei Ihnen in Kiel-Gaarden geschieht. Durch Kooperation von Diakonie, Wohnwirtschaft, AWO, Religionsgemeinschaften und Stadteitarbeit, durch gemeinsame Sorge für Alte und Kinder, durch kluge interkulturelle Moderation. Bemerkenswert: Bei der Bundestagswahl 2017 konnte die AfD im Wahlbezirk, in dem der Gustav-Schatz-Hof liegt, nur 5,6 Prozent der Erst- und 7 Prozent der Zweitstimmen erreichen, während in den anderen Gaardener Wahlbezirken in der Regel zweistellige Ergebnisse erzielt wurden.

Das lässt sich übersetzen in andere Kontexte: Wenn sich ein Quartier „inklusiv“ verwandelt, wächst die Lebensqualität aller Beteiligten. Wenn Menschen mit Behinderung in einem Betrieb integriert arbeiten, wächst das Bewusstsein dafür, dass die individuelle Gestaltung von Arbeitsplätzen die Zufriedenheit auch jedes anderen Arbeitnehmers erhöht.

Wenn Nachbarschaft gemeinschaftlich so gestaltet wird, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner sich gesehen wissen und mitgestalten können, verbessert sich das Klima im Kiez für alle: für die Familie mit

kleinen Kindern, die Jugendlichen, den sehbehinderten Rentner, die Alleinerziehende, den Einzelhändler und die Rollifahrerin, und sogar die Hauseigentümer und Vertreterinnen der Wohnungsbaugesellschaften sind zufriedener.

In einer diverser werdenden Gesellschaft gilt es, solche Gemeinsamkeiten neu zu entdecken. Die Fürsorge für unsere Kinder und unsere Alten verbindet uns alle, egal woher wir kommen und was wir glauben. Auch die gemeinsame Aufgabe, den konkreten Lebensraum, die direkte Nachbarschaft mit den anderen Nachbarn verantwortlich mit zu gestalten und dann davon zu profitieren, verbindet. Das stiftet über ein gemeinsam ausgehandeltes Ziel eine neue gemeinsame Identität.

Und die Basis für all das bildet eine Haltung des Zuhörens.

Wenn wir zudem als Nachbarinnen und Nachbarn, als Bürgerinnen und Bürger über unseren Stadtteil, das Dorf, die Stadt miteinander ins Gespräch kommen, wird es nicht nur um die Kita oder den Mietertreff oder die Begrünung von Baumscheiben gehen.

Wir können und müssen auch darüber reden, wie die Megathemen Globalisierung, Klimawandel, Migration, Demografischer Wandel oder Digitalisierung unser konkretes Leben an unseren Heimatorten verändern. Wir müssen wissen und deshalb darüber diskutieren, wie wir in unserem direkten Umfeld damit umgehen wollen. Davor in der Stadtteilinitiative oder dem neuen Dorfzentrum die Ohren zu verschließen, wäre fahrlässig und kurzsichtig.

Diakonie will dazu beitragen, dass die Menschen trotz ihrer Ängste und in ihren vielfältigen Notlagen handlungsfähig bleiben – als Gemeinschaft. Wir wollen, dass mehr Menschen verstehen, dass sich ein anspruchsvolles und komplexes Thema wie soziale Teilhabe nicht einfach beiseite oder auf andere schieben lässt.

Und wir wollen darauf aufmerksam machen, dass es wirklich niemandem nützt, dass Flüchtlinge, Wohnungslose oder Arme mit und ohne deutschen Pass – alles Menschen, mit denen wir in der Diakonie arbeiten – gegeneinander ausgespielt werden. Wir bezweifeln schon lange, dass die Lautstarken immer kluge Ratschläge geben. Wir bezweifeln erst recht, dass Ausgrenzen, Abschotten oder gar Mundtotmachen der richtige Weg ist, um soziale Probleme zu beheben. Das Gegenteil ist der Fall.

Zuhören statt Verurteilen und Empören

Wenn das Zuhören vernachlässigt wird, hat das auch demokratiepolitische Folgen. Wenn sich die Menschen im Parlament etwa nicht mehr vertreten fühlen, wenn die Probleme vor der eigenen Haustür durch politische Entscheidungen nicht gelöst werden, erodiert das Vertrauen in die Demokratie. All das sind Folgen der Unfähigkeit zuzuhören.

Dazu kommt die Entfernung der Männer und Frauen, die in Politik oder Wirtschaft Verantwortung tragen, von den Problemen der anderen. Den Spruch von den „Menschen draußen im Lande“ haben fast alle Politikerinnen und Politiker im Repertoire und häufig klingt es als, als sprächen sie von einer fremden Lebensform.

Im Frühjahr 2017 thematisierte „Die ZEIT“ in einem mehrseitigen Artikel die Krise der Demokratie: „Viele Menschen, die heute Anhänger der Rechtspopulisten sind, haben sich schon vor Jahren von der Demokratie abgewandt. Der Anteil der Nichtwähler stieg und stieg. Die Demokratie hat es nur nicht so richtig gemerkt, jede Wahl hatte ja trotzdem einen Sieger. Einen Präsidenten, der seinen zahlreichen Unterstützern dankte. Einen Premierminister, der sich als Mann des Volkes fühlte. Eine Bundeskanzlerin, die sich in dem Glauben bestätigt sah, die Stimmung im Land zu erspüren. (...) In Wahrheit aber war die scheinbar so kräftige Flamme der Demokratie in den Arbeiter- und Plattenbauvierteln, den stillgelegten

Fabriken und leeren Dörfern schon lange erloschen. Es war, als wären die Menschen weggezogen, in ein anderes Land. Jetzt sind sie wieder da. Und wählen Trump, den Front National, die AfD. Früher saßen im Deutschen Bundestag zahlreiche Abgeordnete, die bloß die Volksschule besucht hatten. Sie waren Werkzeugmacher, Handwerker, einfache Leute. Heute sind die meisten Abgeordneten studierte Juristen. Auch viele Politologen sind dabei, außerdem Lehrer, Ökonomen, Bankkaufleute, Ärzte. Es sind Akademiker, deren Eltern schon Akademiker waren.“

Vielleicht muss man die Erfolge der AfD auch als notwendige Korrektur eines Repräsentationsproblems lesen, als eine Reaktion auf die Erfahrung nicht gehört zu werden. Sie sind ein Symptom. Oder - wie der us-amerikanische Philosoph Michael Sandel es formuliert: „Im Ruf nach einfachen Antworten, spiegelt sich oft eine Sehnsucht nach anderen Fragen.“

Zuhören und handeln

Ich sehe drei Fragenbereiche, die bearbeitet und angegangen werden müssen, auf denen sich das Zuhören in politisches Handeln übersetzen muss. Jedenfalls, wenn sich die Probleme im Land nicht weiter verschärfen sollen.

Der erste ist eine Glaubwürdigkeitskrise der Politik. Selbst ich wundere und ärgere mich oft über die verklausulierte Art der politischen Kommunikation – und ich bin ja in Berlin sehr nah dran.

Manchmal ist sie nicht einmal verklausuliert, sie findet schlichtweg nicht statt. Ich habe in den Jahren in der Diakonie immer wieder erlebt, wie vorhandene Probleme (Pflegernotstand, Armutsbekämpfung, Wohnungsnot, sich vorbereitende Flüchtlingskrise und andere) schlicht nicht zur Kenntnis genommen oder zur Sprache gebracht wurden. Oft bedauernd und mit der Begründung versehen: „Das ist (dem Wahlvolk, der Wirtschaft, den Parteifreunden und anderen Gruppen) nicht vermittelbar.“

Das muss anders werden. Solches Nicht-Verhalten nährt tiefe Zweifel, genau wie das Überspielen von tatsächlichen Versäumnissen. Es muss möglich sein, auch komplexe Entwicklungen öffentlich anzusprechen und schwierige Entwicklungen der Bevölkerung zu erklären. Wählerinnen und Wählern sind auch unbequeme Fakten zuzumuten, etwa, dass die nationalen Gestaltungsmöglichkeiten Grenzen haben, wenn europäische oder globale Herausforderungen zu bewältigen sind.

Es muss sichtbar und diskutierbar werden, wie kompliziert es ist, Wege aus einer weltweiten Krise zu finden. Und es sollte auch sichtbarer werden, dass es „Umstände“ gibt, die nicht einfach wieder „verschwinden“ werden, sondern die wir zukünftig europäisch und international verantwortlich zu gestalten haben: die weltweiten Migrationsbewegungen, die Folgen des Klimawandels, die Digitalisierung und die Folgen der Globalisierung. Damit sind anspruchsvolle Anforderungen an politische Führung und Kommunikation verbunden; ein öffentliches Verhalten und Handeln, das „die Menschen draußen im Lande“ mit ihren Kompetenzen ernst nimmt und fordert.

Entscheidend ist zum Zweiten, die bundesweiten sozialen Ungleichheiten endlich auch als ein bundespolitisches Thema zu benennen. Herausforderungen wie die Wohnungsnot oder die soziale Infrastruktur müssen wirksam, das heißt die föderalen Strukturen übergreifend, bearbeitet werden. Ein besonderes (sozial-)politisches Augenmerk muss dabei den „abgehängten“ Verliererregionen gelten. Ich halte es für dringend geboten auch in diesem Zusammenhang über die Lockerung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Kommunen nachzudenken und eine intensive Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Länder anzustreben.

Auch wenn Kommunen im Schnitt seit fünf Jahren wieder Überschüsse erwirtschaften, hat die Erholung auf Bundesebene längst nicht alle Kommunen erreicht. Die Konsequenzen sind überall im Land spürbar: Die Qualität öffentlicher Dienstleistungen, die soziale Infrastruktur, insbesondere die Lebenschancen der

nachkommenden Generationen, stellen sich je nach Kommune oder Landkreis heute völlig unterschiedlich dar. Es muss um gleich-wertige, keineswegs gleich-förmige, Lebensverhältnisse gehen, in denen Menschen sich beheimaten können.

Das muss zu einem vorrangigen Handlungsziel der Politik werden. Denn die innere Zustimmung zu unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung hängt entscheidend davon ab, ob vor Ort, in der Kommune, im Stadtteil oder im Dorf tatsächlich Zugehörigkeit und Zusammenhalt erfahren wird – oder eben nicht. Darum sind die erforderlichen Mittel für annähernd gleichwertige Lebensverhältnisse in den sehr ungleich ausgestatteten Kommunen sicherzustellen. In den Kommunen entscheidet sich, ob der gesellschaftliche Friede und Zusammenhalt trägt. Das gilt mit Blick auf alle wichtigen Politikbereiche. Auch die Erfolge oder Misserfolge der Integration von Geflüchteten erweisen sich für die Menschen letztlich in ihrer konkreten Nachbarschaft.

Auch Bundestagswahlen werden in der Kommune, gewonnen oder verloren.

Einen dritten Schritt (auch auf dem Weg zu der beschriebenen kommunalen Schwerpunktförderung) könnten bundesweit zu organisierende kommunale runde Tische bilden: Bürgerkonferenzen, bei denen vor Ort alle zivilgesellschaftlichen Gruppen wie Vereine, die Kirchen, die Kultureinrichtungen, die Unternehmen wie die Gewerkschaften, die Verbände wie auch Vertreter der örtlichen Politik kommunale Mitwirkungsvereinbarungen zur Verbesserung der Teilhabe, der Lebensverhältnisse und der Lebensqualität schließen. Denn wir alle tragen eine gemeinsame Verantwortung für den sozialen Frieden und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Für all das legt das Zuhören die Basis. Zuhören schafft Zugehörigkeit. Und aus Zugehörigkeit wächst Verantwortung. Das ist kein Kitsch. Es ist eine Frage der Haltung, es ist demokratische Kultur – und harte Arbeit.

Kommunen - Räume des Zuhörens und der Zugehörigkeit

Zuhören kann man nicht im luftleeren Raum. Das Zuhören, das etwas bewirken kann, braucht konkrete Orte, an denen sich die positiven Folgen des Zuhörens manifestieren. Wir brauchen Räume, in denen sich die Verschiedenen begegnen können – mediale Räume, aber auch ganz analoge gesellschaftliche Räume.

Und hier rede ich nicht vom Großen Ganzen, sondern vom Kleinen und Besondern. Es ist schon deutlich geworden, dass ich den Kommunen, den Städten, Städtchen und Dörfern eine wichtige Rolle gebe. Ich halte mit dem verstorbenen Altbundespräsident Johannes Rau für richtig, dass die Kommune „der Ernstfall der Demokratie“ ist.“ Der Kiez, die Nachbarschaft haben demokratie- und sozialpolitisches Potenzial.

Die Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts müssen auf der kommunalen Ebene buchstabiert werden. Die unterschiedlichen Menschen mit ihren unterschiedlichen Wertesystemen müssen in ihren Nachbarschaften erleben können, dass ihre Kinder und Alten ein gutes Leben haben, dass ihr Arbeitsleben Früchte trägt und ihre Vorstellungen vom guten Leben Platz haben.

Wir alle, Bürgerinnen und Bürger, Politik – in Bund und Land –, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, von den religiösen Gemeinschaften bis zu den Sportvereinen, von den Trägern der Altenhilfe bis zu den Playern der Wohnungswirtschaft sind gefragt: Vor dem Hintergrund der ungleichwertigen Lebensverhältnisse muss es uns gemeinsam gelingen, dafür zu sorgen, dass die Menschen in Duisburg und Düsseldorf, in Hoyerswerda und Jena, in Kiel und Rendsburg den Wandel zur diversen, digitalen, postindustriellen, alternden Gesellschaft halbwegs ähnlich erleben und die Erfahrung machen, dass sie mit ihren Gaben und Grenzen ein gewollter Teil der Lösung sind. Nicht nur im Wahlkampf.

Wir werden das Engagement jedes einzelnen brauchen, jeder besorgte Bürger, jede Bürgerin – mit und ohne Migrationshintergrund – ist wichtig. Dass sie die Erfahrungen machen, wirklich gehört zu werden, sich einbringen zu können und Teil der Lösung zu sein, ist grundlegend für den Erfolg.

Wenn wir das hinbekommen, meine Damen und Herren, werden wir aus den gewaltigen Transformationsprozessen gestärkt herausgehen.

Wenn nicht, drohen auch unserem jungen Einwanderungsland die Problematiken der Länder, die eine Kolonialgeschichte haben.

Wenn nicht, werden unsere Alten zwar immer älter, aber bleiben in Schwäche und Sterben allein.

Wenn nicht, wird der Übergang in die digitalisierte, postindustrielle Gesellschaft für viel zu viele eine Rutschpartie ins Prekariat. Wenn nicht, werden Populisten und andere Leute die Straße regieren.

Wenn nicht, steht die Förde in wenigen Jahren in der Kieler Innenstadt.

Und weil wir das nicht wollen können, müssen wir uns diesen Herausforderungen jetzt gemeinsam stellen und zusammen, daran arbeiten. Im Zuhören und auf Augenhöhe. Nur gemeinsam können wir es schaffen, verehrte Damen und Herren.

Ich schließe mit einem Satz des Philosophen Ernst Bloch, der mir bis heute wichtig ist:

„Hoffnung ist ins Gelingen verliebt.“

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.